

# Gefängnisindustrie

## Sklaverei

### im modernen Kapitalismus



**"Ich bin bekannt für meinen Sinn für Ironie, aber nicht mal ich wäre auf den Gedanken gekommen, in den Hafen von New York eine Freiheitsstatue zu stellen". \***

George Bernard Shaw

\* In den USA sind mehr als 25% aller Gefangenen weltweit inhaftiert, obwohl die USA nur 5% der Weltbevölkerung ausmachen.

## Inhalt:

<b>Gefängnisindustrie USA*</b>	3
– Aktuelle Dimension & juristische sowie politische Grundlagen der Masseninhaftierung	4
– Plea Bargains, Three Strikes & Mandatory Minimum Sentences	6
– Lobbyismus, Strafdiskurse & Medien	7
– Widerstand in und außerhalb der Gefängnisse	9
– Resümee	11
<b>Zwangsarbeit und Gefängnisindustrie in Deutschland</b>	13
– Historische Vorbemerkungen	13
– Rassismus und Zwangsarbeit	15
– Profiteure der Zwangsarbeit	15
– Zwangsarbeit nach dem NS – BRD	16
– Zwangsarbeit nach dem NS – DDR	17
– Profiteure der DDR-Zwangsarbeit	17
– Und heute? - Ökonomie ...	18
– Ersatzhaftstrafe und Deals	20
– Knäste	22
– Aktuelle Profiteure	23
– Gesundheitsversorgung	23
– Gefangenengewerkschaft GG/BO	25
<b>Büchertipps und Internetlinks</b>	27

Uns ist bewusst, dass viele Themen im Zusammenhang mit Zwangsarbeit und Gefängnisindustrie in dieser Übersicht nur angerissen sind und andere komplett fehlen. Wer möchte, kann uns mit Kritik und Ergänzungen kontaktieren – bestimmt überarbeiten wir den Text in Zukunft wieder.

Nach diesem **Eigentumsvorbehalt** ist diese Broschüre solange Eigentum der\*des Absender\*in, bis es der\*dem Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der\*dem Absender\*in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

**Herausgeber\*innen**

**FREE THEM ALL Berlin**  
[freethemallberlin.blogspot.de](http://freethemallberlin.blogspot.de)

Kontakt & PGP auf der Blogseite

V.S.d.P.: K. Fall, Allee der Anarchistinnen, 10245 Berlin

\* Eine historische Beschreibung der Sklaverei in den USA vor 1865 ist hier aus Platzgründen leider nicht möglich.

## **Gefängnisindustrie - Sklaverei im modernen Kapitalismus**

Seit der Einführung des Kapitalismus durch die Machterlangung der bürgerlichen Klasse vor ca. 350 Jahren gibt es Arbeits- und Zuchthäuser sowie etwas später auch Gefängnisse. Anders als die feudalen Kerker zuvor dienen Gefängnisse bis heute nicht nur der Abschreckung der Nichteingesperrten (damit sie sich an die herrschenden Regeln halten), sondern haben das ganz konkrete Ziel, die eingesperrte Person selbst gefügig zu machen. Unter feudalen Herrscher\*innen wurden Gefangene i.d.R. zu Tode gefoltert. Heute sind Zwangsarbeit und Ausbeutung in unterschiedlich extremer Ausformung sowohl Mittel als auch aktuell immer mehr Ziel der Inhaftierung. Historisch galt das auch für alle realsozialistischen Staaten, ist aber derzeit stark in bürgerlichen Marktwirtschaften präsent. An weitesten kapitalisiert ist Gefangenschaft derzeit in den USA, wo es seit zirka 40 Jahren eine regelrechte Gefängnisindustrie gibt, die zahlreiche Impulse überall in die Welt hinaus aussendet und trotz einiger regionaler Unterschiede im wesentlichen auch die Vorlage für die hiesige Ökonomisierung des Strafvollzugs darstellt. Daher möchten wir zunächst über die Knast-Situation in den USA berichten.

### **Gefängnisindustrie USA**

**Ökonomische, juristische und gesellschaftlich/politische Grundlagen**



Fast jede Branche lässt im Gefängnis produzieren. Pharma- und Lebensmittelindustrie, Autozulieferproduktion, Bekleidungsbranche, Elektronikkonzerne oder Betreiber großer Call-Center bedienen sich an der fast kostenlosen Arbeit. Ebenso der Staat selbst. In den USA macht der so genannte *gefängnisindustrielle Komplex* inzwischen messbare Prozente des jährlichen Bruttoinlandsproduktes aus und gilt seit 2007 bereits als drittgrößter "Arbeitgeber".

Die Arbeit in den beteiligten Gefängnissen ist Zwang. Verweigerung wird mit Privilegienentzug und Einzeleinschluss im "**Loch**"<sup>1</sup> geahndet. Diese extra Strafzeit wird nicht auf die Haftdauer angerechnet. Der "Lohn" beträgt je nach Bundesstaat zwischen 16 Cent und maximal 1 Dollar in der Stunde. Betriebsräte oder gewerkschaftliche Organisation sind weitestgehend verboten.

### **Aktuelle Dimension & juristische sowie politische Grundlagen der Masseninhaftierung**

In den USA sitzen derzeit ca. 2,14 Millionen Gefangene ein (Stand Sommer 2018). Laut UNO sind das knapp 1/4 aller Gefangenen auf diesem Planeten. Kein Staat inhaftiert mehr eigene Bürger\*innen - weder in realen Zahlen noch im Verhältnis zur eigenen Bevölkerungsgröße. Zum Vergleich: In Deutschland sind derzeit zirka 86 von 100.000 Einwohner\*innen in Haft, in den USA zirka 760.

Hinzu kommen noch 4,2 Millionen US Bürger\*innen in Freigangs- oder anderen Programmen, so dass die Sonderrolle der USA noch deutlicher wird: jede\*r 31. Erwachsene steht derzeit unter direkter Kontrolle der Justiz. Auffällig ist dabei die hohe Anzahl Gefangener aus den Bevölkerungsgruppen der "**People Of Color**"<sup>2</sup>. Sie stellen ca. 20% der

1 "**Loch**" (Einzelhaft teilweise über Wochen - mit variierenden Sonderhaftbedingungen z.B. keine persönlichen Gegenstände wie Photos oder Briefe, keine Matratze, nur Betonfußboden etc.)

2 '**Person of color**' (Plural: '**people of color**', bzw. '**Communities of color**') ist ein Begriff, mit dem sich Menschen selbst bezeichnen, die in einer weiß-europäisch geprägten Mehrheitsgesellschaft als 'nicht-weiß' gelten und sich wegen ethnischer Zuschreibungen, alltäglichen, institutionellen und anderen Formen des Rassismus ausgesetzt fühlen. Der Begriff betont die diesen Menschen gemeinsame Erfahrung, wegen der Zugehörigkeit zu einer Minderheit diskriminiert zu werden. Der Begriff entwickelte sich vor allem im anglo-amerikanischen Raum und wird von vielen Personen seit den 1990er-Jahren gegenüber Begriffen bevorzugt, die durch ihre koloniale Geschichte geprägt wurden. Im Gegenzug zum Rassismus - welcher versucht zu spalten, wird mit diesem Begriff versucht ein Gemeinschaftsgefühl herzustellen.

Gesellschaft. In den Gefängnissen machen sie jedoch ca. 2/3 der Gefangenen aus - die meisten von ihnen sind Afroamerikaner. Wir verwenden an dieser Stelle bewusst die männliche Form, weil Jungen ab 15 Jahren und Männer die überwältigende Mehrzahl bilden. Aber auch bei den gefangenen Frauen sind Afroamerikanerinnen in der Mehrheit<sup>3</sup>.

Laut US- Justizministerium sind seit 2011 rein zahlenmäßig mehr Afroamerikaner\*innen ihrer Freiheit beraubt als 1865 bei der "offiziellen" Abschaffung der Sklaverei.



Die große Mehrheit der Kritiker\*innen der aktuellen Masseninhaftierung sieht darin die Fortführung der Sklaverei unter anderem Namen.

Das US Finanzministerium berichtet ebenfalls 2011, dass die Einkommen der afroamerikanischen Community inzwischen auf den Stand von 1964 zurückgefallen sind.

3 Frauenspezifische Haftgründe und Bedingungen und Kämpfe können wir aus Platzgründen in dieser Broschüre leider nicht weiter vertiefen.

Zu den über 2,14 Millionen Inhaftierten kommen ungefähr doppelt so viele „in Freiheit“ befindliche Menschen, die nur unter Vorbehalt frei sind. Gefangene und viele ehemalige Strafgefangene bleiben oft bis an ihr Lebensende benachteiligt und entrechtet.

Um nur einige gesellschaftliche Aspekte anzureißen: Gefangene haben i.d.R. kein Wahlrecht. Dies gilt auch für die meisten ehemaligen Gefangenen, ebenso haben sie keinen Anspruch auf Sozialleistungen, Wohnungen, Transportermäßigungen etc. Es zeigt sich also, dass durch die Strafjustiz in den USA genau diejenigen weiter ausgeschlossen werden, denen ohnehin kaum eine Chance auf Teilhabe gewährt wird.

Um die Akzeptanz dafür in einer sogenannten Demokratie verstehen zu können, ist es wichtig, die juristischen Grundlagen genauer anzuschauen, die wiederum ein direktes Ergebnis der politischen Auseinandersetzung sind.

### **Plea Bargains, Three Strikes & Mandatory Minimum Sentences**

So gut wie nie bekommen Angeklagte in ihren Verfahren eine qualifizierte Verteidigung, denn praktisch alle sind mittellos. So werden sie meist nur von unmotivierten oder schlichtweg überforderten Pflichtverteidiger\*innen vertreten, die der Staatsanwaltschaft normalerweise nicht gewachsen sind. Das zeigt sich auf dramatische Weise schon daran, dass es nach neueren Angaben in 97% aller Fälle gar nicht zu einer gerichtlichen Verhandlung kommt<sup>4</sup>, sondern dass die Verurteilung ohne Prozess erfolgt. Und das geht so:

Die Staatsanwaltschaft droht im Fall einer Verhandlung samt langwieriger Jury-Auswahl mit extrem hohen Strafen, um die uninformierten Angeklagten und ihre meist unerfahrenen Anwäl\*innen einzuschüchtern, gar nicht erst ihre Unschuld vertreten zu wollen. Daraufhin willigen die meisten in einen Schuldhandel ein - den sogenannten "*Plea Bargain*", um vermeintlich günstig aus der Sache heraus zu kommen. Das heißt, sie lassen sich auf ein vorgeschlagenes Strafmaß ein, das im Vergleich zur Drohung geringer ist. Sie bekennen sich also juristisch abgeseget zu einer Straftat, von der alle wissen, dass die Angeklagten sie nicht begangen haben. Das Strafmaß auf diesem Weg ist also bereits reine Willkür und 97% der ca. 2,3 Millionen

4 Judge Jed S. Rakoff: "Why Innocent People Plead Guilty", Nov. 20, 2014 [www.nybooks.com](http://www.nybooks.com)

Gefangenen werden völlig "legal" für etwas festgehalten, was sie so nicht begangen haben. Aber damit hört es nicht auf: die berüchtigt rassistischen Polizeipraktiken in vielen Teilen der USA führen dazu, dass gerade junge Männer aus den 'Communities of Color' immer wieder und deutlich öfter als sogenannte 'Weiße' in die Fänge der Polizei geraten. Dies wiederum führt dazu, dass zunehmend viele von ihnen mehrere Verurteilungen aus "*Plea Bargains*" bekommen.

Bei drei rechtskräftigen Verurteilungen selbst für eigentlich kleine Delikte fällt in vielen US-amerikanischen Bundesstaaten das drakonische Urteil "Lebenslänglich mit Bewährung". Die umgangssprachliche Bezeichnung dafür ist "*Three Strikes and you're out*" - zu deutsch "*Drei mal erwischt und du bist raus*". Nach langen politischen gesellschaftlichen Debatten ist es den Lobbyist\*innen der Gefängnisindustrie auch gelungen, pauschale Mindeststrafen, sogenannte "Mandatory Sentences" gesetzlich zu etablieren, so dass bei vielen Vergehen gerade im Zusammenhang mit



Drogen automatisch drakonische Haftzeiten die Folge sind. Dazu kommt dann die weitere Willkür des dehnbaren Strafmaßes - etwas, das wir hier in dieser Form so noch nicht kennen. In der US-amerikanischen Rechtsprechung ist es üblich, "flexible" Strafmaße zu erlassen. Jemand bekommt beispielsweise 15-25 Jahre

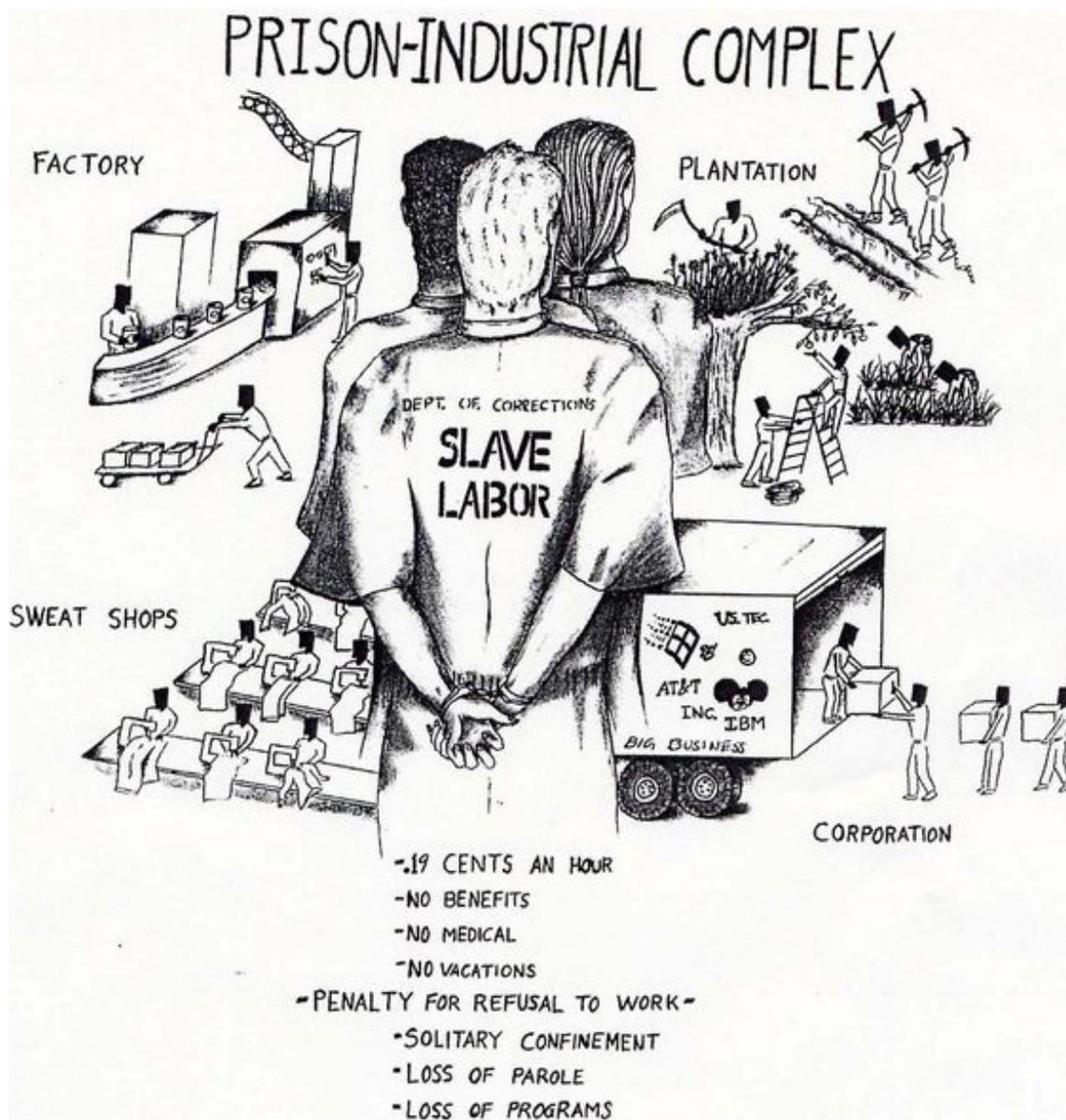
oder - für uns bisher unvorstellbare 30-45 Jahre mit Haftprüfungsterminen nach Ablauf der unteren Jahreszahl.

Die Haftprüfung geht in den allermeisten Fällen negativ für den Gefangenen aus - selbst wenn sie oder er die Haftzeit ohne weitere Sanktionen hinter sich gebracht hat.

### **Lobbyismus, Strafdiskurse & Medien**

Die Lobby-Organisationen der Gefängnis-Industrie, allen voran die 'Correction Corporation of America' (kurz: CCA) geben Millionen und Aber-

Millionen dafür aus, um Politiker\*innen dafür bezahlen, dass sie in Wahlkämpfen die Angst vor Verbrechen schüren<sup>5</sup>. Sie bezahlen sie dafür, Angst zu schüren. Mit dem Erfolg, dass es für viele wie eine gute Idee aussieht, "solche Verbrecher" am besten für immer wegzusperren. Nicht zufällig werden meistens Verbrechenopfer aus der überwiegend weißen Mittelklasse in den Medien dargestellt. Die Mittelklasse gehört in den USA



jedoch nicht zu denjenigen, die am stärksten von den Folgen armutsbedingter Kriminalität betroffen sind – das bleibt wie überall auf der

5 Laut dem frz. Doku-Film „Prison Valley“ allein 300 Millionen US-\$ pro Jahr im Kongress

Welt vorwiegend den Armen selbst vorbehalten. Zustimmung zu repressiven Gesetzen und rassistischen Polizeimethoden kommt also vorwiegend aus der (weißen) Mittelklasse, oft auch verbunden mit der Motivation, sich vermeintlicher Konkurrenz zu entledigen. Rassismus, Repression und Ausbeutung sind in den USA untrennbar miteinander verbunden. Eine breite Aufarbeitung der historischen Sklaverei wird wenn überhaupt meist auf individueller und moralischer Ebene geführt. Die ökonomische Bedeutung und die daraus oft bis heute resultierenden Eigentumsverhältnisse werden kaum angeschnitten. Im Gegenteil: für manche gilt das dunkle Kapitel der historischen Sklaverei als „abgeschlossen“. Dass die Sklaverei in veränderter Form bis heute besteht, wollen viele ausblenden. Diese Haltung begünstigt den Nachschub an Zwangsarbeiter\*innen für die Fließbänder der Gefängnisindustrie.

Das Ergebnis: Zwar sind schwere Gewaltverbrechen rein statistisch seit Jahrzehnten in den USA (ebenso wie in Europa) rückläufig - aber die Gesetzesverschärfungen und Plea-Bargain-Praxis bewirkten einen derart rapiden Anstieg der Verurteilungen für Bagatelldelikte, dass offiziell ein "Anstieg der Kriminalität" verzeichnet wurde. Doch Gefangene und Angehörige haben in den vergangenen 30 Jahren viele Kämpfe zur Überwindung dieses Unrechts geführt, Erfahrungen gesammelt und Vernetzung betrieben. Langsam kommen die Verhältnisse in Bewegung.

### **Widerstand in und außerhalb der Gefängnisse**

#### Organisierung, Arbeitsverweigerungen und Hungerstreiks

Natürlich regt sich Widerstand gegen die Masseninhaftierung von innen. So z.B. bei den großen Arbeitsverweigerungen zu Jahresbeginn 2011, als über 4000 Gefangene in den US-Bundesstaaten Georgia und Alabama streikten.

Seit 2011 bereits ist Kalifornien ein Zentrum von Gefangenen-Aktionen. Höhepunkt war der Hungerstreik im Sommer 2013, als über 32.000 Gefangene gegen Isolationshaft, verdrecktes Essen und für Kontakt zur Außenwelt ihr Leben einsetzten. Gefangene im berühmten Pelican Bay Gefängnis sowie ihre Angehörigen führen diese Proteste bis heute fort. Auch im benachbarten Kanada schlossen sich Gefangene zeitweise dieser Aktion an.

Inzwischen sind leider einige der Gefangenen an den Folgen der wiederholten Hungerstreiks gestorben. Viele der gefangenen Organisator\*innen dieser Streiks sind z.T. für Jahrzehnte in Isolationshaft verschwunden.

Am 9. September 2016, dem 45. Jahrestag des Attica Massakers, fand dennoch eine koordinierte Arbeitsverweigerung in über 40 Knästen der USA statt. Zehntausende Gefangene beteiligten sich und auch von außen gab es starke Unterstützung. Inzwischen gibt es auch Ableger von Gewerkschaften in den Knästen, so z.B. von der IWW.

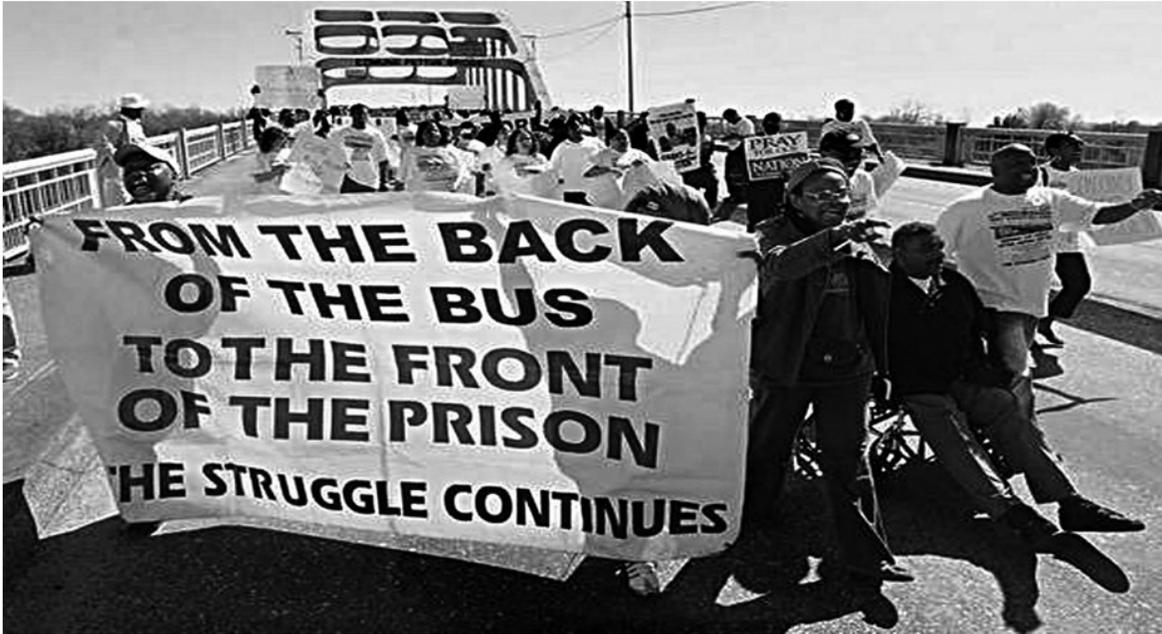
### **Sichtbare Unterstützung von draußen**

Die "Decarcerate Bewegung"- zu dt. etwa 'Entknastung', ist besonders aktiv



in Illinois, Kalifornien und Pennsylvania. Sie hat nicht nur erreicht, eine breite gesellschaftliche Debatte über Sinn und Zweck der Masseninhaftierung anzustoßen sondern bereits Neubauten von Milliarden schweren Gefängnissen verhindert. Ein Hauptslogan der Decarcerate-Bewegung ist „Build schools - not prisons“ '(baut Schulen, keine Gefängnisse').

Auch in Teilen der Mittelklasse gibt es inzwischen Debatten darüber, dass die Gefängnisbedingungen katastrophal sind, Menschen für absurd kleine Vergehen dort drin sitzen und Steuergelder besser in neuen Schulen und Universitäten angelegt wären, als in noch mehr Knästen.



Das kalifornische Parlament hat z.B. im November 2014 Gesetze verabschiedet, in deren Folge nun eine ganze Reihe von Vergehen nicht mehr als Straftaten, sondern als Ordnungswidrigkeit geahndet werden, für die man nicht mehr eingesperrt wird. Außerdem erreichten die hungerstreikenden Gefangenen eine Aufhebung der sog. „Gang“-Zugehörigkeitskriterien, die der Willkür von Behörden als Grundlage für jahrzehntelange Einzelhaft dienten. Allein in Kalifornien mussten mehrere Tausend Gefangene aus der Isolationshaft entlassen werden.

### **Resümee**

Das Amerikanische Zentrum für Ökonomie- und Politikforschung (cepr.net) schreibt über die Masseninhaftierung in den USA: "Nicht nur, dass wir die höchste Gefangenenrate der Welt haben - wir haben außerdem in den letzten 30 Jahren eine Gesellschaft geschaffen, in der einer von acht Männern landesweit ein Ex-Gefangener ist."

Mit dem „Kampf gegen das Verbrechen“, den US-Politiker\*innen gern wie eine Monstranz vor sich hertragen, hat diese Praxis nichts zu tun. Treffender ist der Ausdruck, den der Soziologe Loïs Wacquant dafür gebraucht hat: „Bestrafung der Armen“, also eine weitere Variante des in den USA heftig geführten Klassenkampfes von oben.

Zur Durchsetzung dieser Ausbeutung wird bis heute ungebrochen auf Rassismus gesetzt. Die Statistik des Justizministeriums sagt kurz und knapp, dass 1 von 3 schwarzen Männern im Lauf seines Lebens im Gefängnis landet. 2010 waren 11 Prozent aller schwarzen Männer zwischen 20 und 34 Jahren in Haft; bei weißen Männern im selben Alter waren es „nur“ drei Prozent.

Wir sehen aber inzwischen auch, dass der aggressive Klassenkampf von oben in den USA so extrem rigide Gesetze geschaffen hat, dass sich dort inzwischen trotz jahrzehntelanger Sklaverei unter anderem Namen eine ernstzunehmende Bewegung gegen Gefängnisse entwickelt, die sowohl von drinnen als auch von draußen aufgebaut wird. Viele aus den Communities of Color verlieren ihre Angst, denn sie haben verstanden, dass es nichts bringt zu schweigen oder weg zu sehen, weil sie so oder so die nächsten sein können, deren Leben in Jahrzehnte währende Gefangenschaft münden kann, ohne dass sie irgend einen Einfluss darauf hätten. Vor ca. 15 Jahren kam hinzu, dass durch den sog. "Krieg gegen die Drogen" auch massenhaft arme Weiße - Stichwort "Chrystal Meth" - ins Ziel der Repressionsorgane kamen und genau die gleichen drakonischen Haftstrafen erhielten. Anders als die Mehrheit der People of Color verfügen deren Angehörige häufiger über Kontakte und erreichen eine Wahrnehmung in den Medien, was das Problembewusstsein schärft und zumindest einem Teil der US Gesellschaft aufzeigt, was für eine Sackgasse Masseninhaftierung und Sklaverei bedeuten.

Hinzu kommt, dass die Verwertungsspirale der Gefängnisindustrie natürlich auch nicht überall widerspruchsfrei verläuft. Im neoliberalen "Alle gegen alle" sind gerade die regionalen Behörden mit enormen Summen belastet, die sie für den Unterhalt der Gefängnisfabriken aufbringen müssen, während die privaten Konzerne zumeist nur die Gewinne abschöpfen. Das übersteigt die Möglichkeiten gerade ländlicher Gemeinden in den USA und führt zu Haushaltszusammenbrüchen. Laut einer Spiegelmeldung von 2005 hatten damals bereits über 1000 ländliche Gemeinden in den USA ihre Knäste an die große Lobbyorganisation 'Correction Corporation of America' (CCA) verkauft. Diese erwirkte allerdings lukrative Vertragsbedingungen: sie übernahmen die Schulden der Gemeinden im Zusammenhang mit den Knästen, ließen sich im Gegenzug aber garantieren, dass die Anstalten immer zu 90% gefüllt sein müssten. Ansonsten könnten sie Schadensersatzansprüche einfordern. Seitdem sind also viele lokale Sheriffs auf der Suche nach potentiellen Gefangenen und lokale

Gemeinden werden nicht müde, immer wieder neue Kommunalgesetze und Vergehen zu erfinden, um Menschen zu inhaftieren. Dieses Phänomen war übrigens 2014 neben der erdrückenden Polizeigewalt auch ein wesentlicher Moment, der die Aufstände von Ferguson und darüber hinaus befeuerte.

Ganz deutlich ist, dass die Grundpfeiler der ökonomisierten Masseninhaftierung seit ca. 20 Jahren auch in Europa Einzug halten. Die wichtigsten dabei sind die Kopie der US-Strafrechtsdiskurse in all ihren rassistischen und klassistischen Facetten, das Bestreben, ein Recht auf einen individuellen Prozess einzuschränken und die Öffnung des Strafvollzugs für Konzerne.

## Zwangsarbeit und Gefängnisindustrie in Deutschland

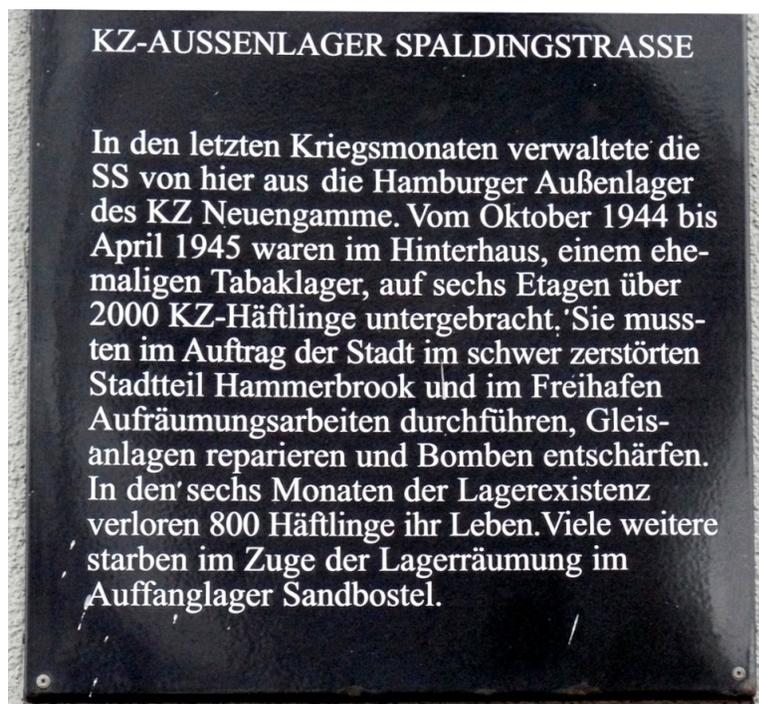


### Historische Vorbemerkungen

1884 berief Bismarck die Afrika-Konferenz ein, der die Aufteilung Afrikas folgte und dann durch Deutschland besetzte Gebiete als deutsche Kolonien deklariert wurden. Nachdem die Arbeiteranwerbung nur sehr

geringe Erfolge aufwies, wurde schon bald darauf durch Zwangsumsiedlungen und Zwangsarbeit der Arbeitskräftemangel auf den Plantagen behoben, aber auch auf Diamantfeldern und im Straßen- und Eisenbahnbau. Anfangs mussten hauptsächlich junge Männer Zwangsarbeit leisten. Durch die große Anzahl von Erkrankungen und Todesfällen, teilweise bis zu 70% der Arbeiter, wurden jedoch auch Frauen und Kinder zur Arbeit gezwungen. Auch während des Ersten Weltkrieges bediente sich Deutschland an Zwangsarbeit. Außer den Kriegsgefangenen waren es litauische, polnische und belgische Bürger\*innen, die für Industrie, Landwirtschaft und Bergbau nach Deutschland deportiert wurden und dort zwangsweise schufteten mussten. Damals war die Zwangsarbeit vor allem von den belgischen Arbeiter\*innen für das Ansehen des Kaiserreiches katastrophal und führte zu zahlreichen Protesten neutraler Staaten.

Über 12 Millionen Menschen wurden als Zwangsarbeiter\*innen während



des zweiten Weltkrieges nach, beziehungsweise in Deutschland verschleppt. Dies waren Millionen willkürlich verhaftete Bürger\*innen aus Deutschland und von der Wehrmacht besetzten Gebieten, Millionen Kriegsgefangene (allein im Jahr 1944 waren es 2 Millionen) und Gefangene in den Konzentrationslagern. Außerdem wurden Millionen Männer, Frauen und Kinder in besetzten Gebieten gezwungen, für die Nazis zu

arbeiten. Zirka 20 Millionen Menschen mussten für das 'Deutsche Reich' Zwangsarbeit leisten, während deutsche Arbeiter\*innen in Aufseherpositionen selbst zu Täter\*innen wurden.

Der deutsche Staat, große Gesellschaften und kleine Geschäfte, Kirchen, Gemeinden, aber auch Bauern und Privathaushalte forderten mehr und mehr Zwangsarbeiter\*innen und waren dadurch mitverantwortlich für das

System der Ausbeutung durch Zwangsarbeit.

### **Rassismus und Zwangsarbeit**

Die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter\*innen waren unterschiedlich. Ein meist gemäßigttes Verhalten gegenüber Gefangenen der sogenannten 'nordischen Rasse' stand im Gegensatz zu dem tagtäglich diskriminierenden und demütigenden Verhalten gegenüber den Gefangenen der Sowjetunion, Polen und Italien. Sklavenarbeit in ihrer schlimmsten Form mussten die jüdischen Gefangenen, sowie die Sinti und Roma erdulden. Viele überlebten diese nicht. Sie wurden durch die 'Vernichtung durch Arbeit' ausgebeutet und brutal ermordet.

Trotzdem die Zwangsarbeiter\*innen systematisch geschunden wurden und versucht wurde, sie durch unzählige Demütigungen zu brechen, gab es immer wieder Sabotageakte und Widerstand. Schon der Verdacht reichte aus, Menschen in Konzentrationslager zu transportieren oder sie exekutieren zu lassen. Daran beteiligten sich aus Habgier auch viele deutsche Bürger\*innen, um sich nach den Verhaftungen an dem Eigentum der Gefangenen bereichern zu können. Die Nazis prägten für diese Art der Mittäterschaft an der Shoah den Begriff der 'Arisierung'.

### **Profiteure der Zwangsarbeit**

Die deutsche Regierung und die davon profitierenden Unternehmen haben die Verantwortung immer wieder von sich gewiesen. Jedoch profitierten von dieser skrupellosen und tödlichen Ausbeutung mehr als 2000 deutsche Firmen, u.a. die 'Deutsche Bank', Siemens, Thyssen, Krupp und die IG Farben (Zusammenschluss von: *BASF, Bayer, Höchst AG und Agfa*). Weitere Profiteure waren Bosch, Daimler-Benz, Volkswagen, Henschel, Messerschmidt, Weleda, AEG, Varta (*AFA – inkl. Pertrix*). Siemens soll hier einmal speziell benannt werden. Dieser Konzern hat als Lieferant der Rüstungsindustrie und führender Elektrokonzern eine Vorreiterrolle bei der systematischen Ausbeutung von Zwangsarbeiter\*innen übernommen. Trotz der Errichtung eines eigenen Werkes mit schließlich 20 Produktionshallen beim Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück und der Tatsache, dass die Zwangsarbeiter\*innen mehr als 30 Prozent der Siemens-Gesamtbelegschaft ausmachten, sind erst nach jahrelangem Kampf

minimale Entschädigungszahlungen erkämpft worden.

Die brutalen Verbrechen und die Ermordung von Millionen Menschen in der Shoah durch die Deutschen sind in ihrer Dimension bis heute einzig. Leider scheinen brutale Entwicklungen nie isoliert in nur einer Region stattzufinden oder zeitlich als abgeschlossen eingrenzbar zu sein. Es sich zeigt u.a. auch am Beispiel der Zwangsarbeit,



dass diese Verbrechen bis heute fortwirken, sowohl materiell als auch in den herrschenden Strafdiskursen.

Wie sich der Wunsch von Konzernen, an Zwangsarbeit zu profitieren nach 1945 weiterentwickelt hat, ist schwer zu recherchieren, da sich vieles nach dem Ende des Krieges erst im Wiederaufbau befand und sich entsprechende Gerichtsverfahren einige Jahre hinzogen. Da die Verfahren häufig als Farce verliefen, mit Freispruch oder kurzen Haftstrafen für die Profiteure der Zwangsarbeit und der Vernichtung endeten und danach ein Wiedereinsetzen in alte Machtpositionen zur Folge hatte, wurde den Opfern der Naziverbrechen und der Zwangsarbeit eine zweite Qual zugemutet.

### **Zwangsarbeit nach dem NS - BRD**

Trotzdem Recherche mühselig und Ergebnisse dürftig sind, ist nun seit einigen Jahren bekannt, dass nicht nur Jugendliche in Heimen zur Zwangsarbeit herangezogen wurden (Arbeit u.a. für die Kirche, in Mooren und bei der Montage von Kleinteilen zum Beispiel für Miele, Braun, Rowenta, Grundig und dem Elektrogroßhandel Köln), sondern dass auch viele der während der NS-Zeit betriebenen Arbeitshäuser weiter genutzt wurden. Das letzte Arbeitshaus in der BRD, das Arbeitshaus Brauweiler bei Köln, bestand noch bis 1968, und endgültig aufgehoben wurden die Paragraphen zur Arbeitshauseinweisung erst in der Zeit von 1969 bis 1974.

Der Tagesverdienst war je nach Bundesland verschieden, in Bayern wurde nur bis zu einer Mark und in anderen Gebieten im Höchstfall bis zu zwei Mark am Tag gezahlt. Es herrschte die 44-Stunden-Woche. Die Arbeitsbereiche waren: Landwirtschaft, in Schlosserei, Schreinerei oder Ziegelei, Webereien, Schneidereien und Wäschereien, Wald-, Garten- und Sägewerksarbeit. Wobei 'Männerberufe' wie Schlosserei Männern vorbehalten waren und Frauen in Arbeitsbereichen eingesetzt wurden, die als für Frauen passend eingestuft waren: Schneiderei, putzen, Wäscherei.

### **Zwangsarbeit nach dem NS - DDR**

Es gibt Belege, dass seit den 70er Jahren die BRD von der Zwangsarbeit Gefangener der DDR profitierte. Nach dem Eingeständnis von IKEA, dass sie gewusst haben, dass politische Gefangene in der DDR in Zwangsarbeit für IKEA gearbeitet hätten, wurde die Ausbeutung durch Zwangsarbeit für weitere 'westliche Firmen' wie Quelle, Kaufhof, Karstadt, Hertie, Otto Versand, Neckermann und Aldi bekannt.

### **Profiteure der DDR-Zwangsarbeit**

Es gab zehntausende Zwangsarbeiter\*innen in der DDR. Sechstausend westdeutsche Unternehmen profitierten neben der zentral gelenkten DDR-Binnenwirtschaft von Zwangsarbeit: und wieder einmal finden sich hier Namen wie: Volkswagen, BASF, Bayer, Hoechst AG, Thyssen und AEG. Aber auch weitere Firmen, wie C&A, Woolworth, Salamander, Klöckner und deutsche Bahn wollten vom Kuchen 'Billigproduktion im Knast' ein Stück abbekommen. Bis zu 40.000 Häftlinge arbeiteten in 250 Betrieben. Besonders hohe Jahresumsätze machten dadurch IKEA und Kaufhof mit je neunzig Mio. DM, Volkswagen mit 100 Mio. DM und Quelle: mit 250 Mio. DM.

Auch diese Zwangsarbeiter\*innen kämpfen noch immer vergeblich um Entschädigungszahlungen. Von allen 6000 Firmen, haben bisher nur die Deutsche Bahn und Kaufhof Gesprächsbereitschaft angedeutet. Jedoch beschränkt sich auch hier immer noch alles nur auf Worte und keine Taten ...

Besonders zu erwähnen ist, dass sich in Berichterstattungen immer nur an den politischen Gefangenen der DDR hochgezogen wird. Dass (fast) alle anderen Gefangenen ebenfalls im Gefängnis arbeiteten, wird allenfalls im Nebensatz erwähnt, bzw. lobend – als



Rehabilitierungsmaßnahme - hervorgehoben.

In persönlichen Gesprächen mit Betroffenen hörten die Autor\*innen dieser Broschüre, dass Gefangene in der DDR nach allgemein üblichen Löhnen bezahlt wurden und einen Großteil dieses Lohns auch nach der Haft mitnehmen konnten. Wir gehen nicht davon aus, dass das flächendeckend so war. Ohne die Zwangsarbeit in der DDR irgendwie rechtfertigen zu wollen, ist das unserer Beobachtung nach jedoch bemerkenswert. Sollte es häufig in der DDR so gewesen sein, fehlte eine der wesentlichen Motivationen zur Ausbeutung Gefangener: es wäre so nicht profitabler als die Ausbeutung von Arbeiter\*innen draußen – wir freuen uns dazu über Hinweise (siehe Seite 2).

### **Und heute? - Ökonomie ...**

Gefangene arbeiten in der BRD für maximal 1,87 Euro pro Stunde. In Deutschland ist aber seit April 2018 ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,74 Euro pro Stunde vorgeschrieben. Die Gefangenengewerkschaft (GG/BO) fordert daher, diese Untergrenze auch für Gefangene einzuführen.

Schon vor 10 Jahren rühmte das Handelsblatt die Gefängnisindustrie Nordrhein-Westfalens mit ihren hohen Gewinnmarken, die von 2004 mit 44 Millionen Euro bis 2007 mit 47 Millionen Euro angewachsen sein sollte.

Stolz verkündete daraufhin das Landesjustizvollzugsamt NRW's dass sie auch weiterhin eine jährliche Steigerung der Einnahmen um 1 Million anstreben.

### **Juristische Grundlagen**

Im preußischen Gefängnishandbuch um 1900 herum wird als einer der 4 Hauptzwecke die Arbeit benannt. 1930 schließt die ILO – d.h. die Internationale Arbeitsorganisation- ein Abkommen, nachdem Zwangsarbeit im Strafvollzug zulässig ist. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern die meisten Staaten der Erde. Dieses Abkommen wurde 1957 nochmals bestätigt. Im Artikel 12 des dt. Grundgesetzes, das 1949 in Kraft trat, ist niedergelegt, dass Zwangsarbeit für Inhaftierte zulässig ist. In dem am 1.1. 1977 erlassenen Strafvollzugsgesetz wird u.a. ausdrücklich gefordert, dass die JVA darauf zu achten habe, dass die Zwangsarbeit 'wirtschaftlich ergiebig' sei. Nach deutschem Recht sind Gefangene daher grundsätzlich verpflichtet, Arbeit, die ihren körperlichen Fähigkeiten angemessen sind, auszuüben, sofern sie dazu in der Lage sind.

Die Verpflichtung zu Arbeitsleistungen im Jugendstrafrecht als Auflage hat Strafcharakter, und wird durch die gegenwärtige deutsche 'Rechtsprechung' im Rahmen des Art. 12 Abs. 2 und 3 GG für verfassungsgemäß erklärt, so wie auch die Arbeitspflichten gemäß § 56b StGB nicht gegen die derzeitige Verfassung und Menschenwürde verstoßen sollen. Zwangsarbeit ist also anscheinend eine anerkannte Strafe in diesem Land.

Anmerkung: Natürlich hören wir von vielen Gefangenen sowohl in den USA als auch in Deutschland, dass Arbeit im Knast als etwas erstrebenswertes angesehen wird, um zum einen der Monotonie des Gefängnisalltages zu entkommen und zum anderen Kontakt zu Mitgefangenen aufnehmen zu können. Das rechtfertigt unserer Meinung nach jedoch nicht die Ausbeutung unter Zwang, sondern stellt vielmehr grundsätzlich das Prinzip des Einsperrens von Menschen in Frage.

### **Justiz, mediale Wahrnehmung und politischer Lobbyismus**

Das Bewusstsein, dass die Billiglohnarbeit in Gefängnissen ein Vorwand für profitorientiertes Denken ist und die Lohnkämpfe unterläuft, wird in der

deutschen Öffentlichkeit noch nicht diskutiert. Auch wenn die im Sommer 2014 überregional gegründete Gefangenengewerkschaft deutlich macht, dass systematische Ausbeutung in den Gefängnissen der BRD Alltag ist.

## Ersatzhaftstrafe und Deals

**2013 Karlsruhe billigt 'Deals'...**

4188 Menschen sitzen zuzweit in Deutschland eine Ersatzhaftstrafe wegen Fahrens ohne Fahrschein oder anderer Klein-Straftaten ab. Sie einzusperrern kostet täglich 418,800 €, im Jahr sind das 152.862.000 €. Davon könnten in einer Stadt wie Frankfurt über 250.000 Menschen ein ganzes Jahr lang mit dem Frankfurtpass (für 600 Euro) den öffentlichen Nahverkehr nutzen. [www.entknastung.org](http://www.entknastung.org)

ENTKNASTUNG STATT RESOZIALISIERUNG

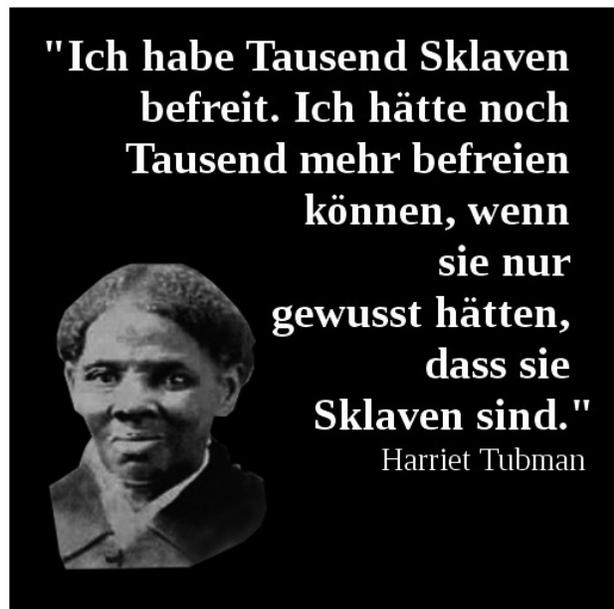
**Freifahrt in den Knast**  
Der Mensch vor dem Gesetz und die Straftaten  
Gefängnis und Strafrecht

In der Berliner JVA Tegel sitzt inzwischen ca. 1/3 der Gefangenen wegen nicht bezahlter Rechnungen ein - die meisten von ihnen wegen Fahrens ohne Fahrschein. Der suggerierte, medial inszenierte Anstieg der Kriminalität ist also nichts weiter als die Kriminalisierung der Armut und wird von der deutschen Justiz seit einigen Jahren gebilligt und durch jüngste Entwicklungen sogar verschärft. Eine weitere medial inszenierte Debatte dreht sich direkt um die Justiz. Gerade aus Sozialgerichten ist uns bekannt, dass sie mit Verfahren überlastet sind und Prozesstermine oft erst Jahre nach der Eingabe stattfinden. Anstatt sich aber mit den Ursachen wie z.B. der ungeheuerlichen Hartz IV-Gesetzgebung auseinander zu setzen, überlegen deutsche Verfassungsorgane lieber, wie sie den Zugang zu Gerichten für ärmere Menschen stoppen können.

Im März 2013 bestätigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in Karlsruhe die grundsätzliche Rechtmäßigkeit der sog. „Deals“, also eines Schuldhandels zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung, eine bereits seit 2009 gängige Praxis. Es wurden einige kosmetische Kontrollmechanismen eingefordert, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, die jedoch zumeist nicht angewendet werden. Laut einer Recherche der Tageszeitung Frankfurter Rundschau trafen zum Beispiel ¼ aller Richter\*innen in NRW illegale Absprachen aus Gründen der Prozessökonomie. Das Bundesverfassungsgericht rügte dies und hielt die Staatsanwaltschaft an, dagegen vorzugehen, aber die Staatsanwaltschaft ist ebenso überlastet...

Aber auch wenn gravierende Unterschiede zwischen den Rechtssystemen der USA und der BRD bestehen, kann das nicht darüber hinweg täuschen, dass die in Zukunft angestrebte Praxis den „Plea Bargains“ aus der US-Justiz entlehnt ist. Wir erinnern uns - dort geht es dabei nicht mehr um die Schuldfindung, sondern nur noch um die Höhe der Strafe.

Diese Deals werden uns medial seit einigen Jahren schmackhaft gemacht. Prominente machten uns vor, wie das mit der Straferleichterung funktioniert. Kurze Haftstrafen und bedeutende Geldstrafen als Preis für Geständnisse und abgekürzte Verfahren hinterlassen bei vielen jedoch den Eindruck, dass das Privileg reicher Leute sei. Was aber, wenn Menschen wie du und ich darauf bestehen, ein eigenes Verfahren zu haben und den Staat im Anklagefall auffordern, unsere angebliche Tatschuld zu beweisen? Wenn uns die nötigen Gelder fehlen, um einen Deal abzuschließen?



Wir erinnern uns: juristischer Schlüssel der Masseninhaftierung in den USA ist die allgemein akzeptierte Tatsache, dass 97% aller Gefangenen gar keinen Prozess hatten sondern durch Schuldhandel und die sog. Three Strikes Gesetze in den Knast und damit häufig in die Zwangsarbeit gingen.

Ähnliches hat sich in den letzten Jahren auch in Spanien etabliert, wo Strafaufforderungen und Haftbefehle häufig nur noch mit der Post verschickt werden, ohne dass überhaupt noch ein Prozess stattfindet. Auch Italien und Belgien haben diese juristische Praxis inzwischen modifiziert eingeführt. So gilt also inzwischen auch in Europa zunehmend: Wer arm ist, fährt ein.

Der Bau und Betrieb öffentlicher Gebäude ist ein lukratives Geschäft – nicht nur für die Bauindustrie. Nur so ist es zu verstehen, dass Lobbyisten aus allen Bereichen auch auf Privatisierung des Strafvollzuges drängen und gleichzeitig ein Interesse an höheren Inhaftierungsraten entwickeln.

Und so gibt der Staat jährlich mehrere Milliarden Euro dafür aus, einen Teil der Bevölkerung wegzusperren. Laut Statistischem Bundesamt gibt es derzeit rund 68.000 Strafgefangene, davon knapp 10.000 im offenen Vollzug. Laut der Wochenzeitung WOZ arbeiten 41.000 davon auch dort. Verweigert jedoch ein Häftling die Arbeit, droht ihm\* ihr Einschluss – 23 Stunden in einer Neun-Quadratmeter-Zelle. Fast die Hälfte der Inhaftierten sitzt ein Jahr oder kürzer ein - ein weiteres Indiz, dass die Armut eingesperrt wird. Denn bei der Ersatzhaftstafe und ähnlichen Kleinst-Vergehen sind kurze Haftstrafen die Regel. Etwa 2000 Gefangene müssen laut Statistischem Bundesamt lebenslange Haftstrafen verbüßen oder sitzen in Sicherungsverwahrung. Die Sicherungsverwahrung ist übrigens ein Relikt des NS-Regimes, das in der DDR abgeschafft war, nun aber wieder für alle gilt.

## **Knäste**

Anfang der 90er begannen die konkreten Planungen für Privatisierungen in Gefängnissen in Teilbereichen (z.B. Catering, Gebäudeserviceleistungen, etc.). Der hessische Justizminister Christean Wagner kündigte, laut einem Bericht des Deutschlandfunks 1999 an, dass er das erste deutsche Privatgefängnis errichten wolle. Im Moment stehen dem noch die Bundesgesetze entgegen. Diese zu ändern bedürfte es einer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Doch der Privatisierungswille ist da. Zuerst gab es daher teilprivatisierte Abschiebeknäste in Büren (Nordrhein-Westfalen), in Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern), in Glasmoor (Schleswig-Holstein) sowie in Wuppertal (ebenfalls Nordrhein-Westfalen) und 2005 wurde die erste teilprivatisierte JVA Hünfeld (Hessen) in Betrieb genommen. 2009

baute und eröffnete der Baukonzern *Bilfinger Berger* als Leiter eines lokalen Firmenkonsortiums die JVA Burg in Sachsen-Anhalt. Das Bundesland, obwohl selbst zuständig für den Justizvollzug, überließ diesem Konsortium für 20 Jahre die – wörtlich - „Verwertungsrechte“ an den Gefangenen. Danach folgten weitere teilprivatisierte Gefängnisse 2009 in Offenburg (Baden-Württemberg) und 2013 Bremervörde (Niedersachsen) . Weitere Haftanstalten wie zum Beispiel die JVA Heidering (Berlin) und die JVA Gablingen (Bayern) waren als ÖPP<sup>6</sup> geplant und wurden aus finanziellen Gründen dann doch nicht umgesetzt. Auch die Haftanstalt Offenburg ist seit 2014 wieder in staatlicher Hand. Doch dass ist kein Grund zum Jubel. In staatlichen Gefängnissen wird genauso darauf geachtet das sich das 'Unternehmen Knast' rechnet und seine Gewinne jährlich erhöht.

### **Aktuelle Profiteure**

Laut einem Bericht der WOZ von 2016 sind Konzerne wie Siemens, Mercedes Benz und BMW Profiteure von der Billiglohnzone Gefängnis. Die Autohersteller lassen in den Haftanstalten Kleinteile montieren, genauso der Gartengerätehersteller Gardena und der Haushaltsgerätehersteller Miele. Auch die staatlichen Behörden nutzen die Arbeitskraft der Gefangenen: Gemäß Recherchen des «Spiegels» nähen die Inhaftierten Richterroben und schweißen die Gitterstäbe der Fenster. Laut der «taz» schreinerten die Gefangenen der JVA Tegel die Büroeinrichtung des damaligen Berliner Justizsenators Thomas Heilmann und die Stühle des Berliner Abgeordnetenhauses. Die «Sonderwirtschaftszone Knast» werde besonders in Deutschlands halbprivaten Gefängnissen perfektioniert, sagt der Gefangenengewerkschafter Rast. Dort herrschten «Akkordarbeit und Pensumvorgaben».

### **Gesundheitsversorgung**

In Bremervörde kümmert sich der Dienstleister Dussmann um die Verpflegung und die medizinische Versorgung der Gefangenen – zu Letzterem gehört auch die psychologische Betreuung. Auch in Hünfeld obliegt die Gesundheitsversorgung einem privaten Anbieter. Was es jedoch bedeutet wenn die Gesundheitsversorgung nach knallhartem Profitkalkül berechnet wird, ist wohl allen klar. Und so berichtete zum Beispiel die

6 vorher PPP (Public Private Partnership), inzwischen ÖPP Öffentlich-Private-Partnerschaft

Süddeutsche Zeitung 2010, dass Justizministerium und Serco in Hünfeld die Zahl der Mitarbeiter etwa in der Krankenpflege und im psychologischen Dienst verringern wollen. Jedoch hätte dies nichts mit Wirtschaftlichkeit zu tun, man hätte nur festgestellt, dass man mit weniger Mitarbeitern auskäme. Die Tageszeitung jW berichtete 2012 über die JVA Burg dass die Prüfer in ihrem Bericht Leistungen aufführten die Zitat ....„der Konzern unzureichend oder gar nicht erbringe, obwohl er sich dazu verpflichtet habe. Dazu gehörten ärztliche Behandlungen und die Versorgung mit Medikamenten.“ ... Bereits im Jahr 2009 hatten mehrere Häftlinge unter anderem wegen der Verweigerung von medizinischen Maßnahmen einen mehrtägigen Hungerstreik durchgeführt.“

Die medizinische Versorgung durch den privaten Betreiber ist also ein 'kann' die Arbeit aber ein 'muss'. Wie der Deutschlandfunk 2016 berichtete: „Bei Arbeitsverweigerung gibt's Strafen. Das sind Disziplinarmaßnahmen, Hausstrafen. Zum Beispiel Entzug des Einkaufs, oder der/die Gefangene darf an Freizeitveranstaltungen nicht teilnehmen, oder ein Arrest im schlimmsten Fall. Das bedeutet, mehrere Tage isoliert von Gefangenen in einem Haftraum untergebracht zu sein, in dem nur die notwendigsten Gegenstände sind. Es gibt die Möglichkeit eines Besuchsverbots. Es ist so ein Katalog im Bayerischen Strafvollzugsgesetz.“ Laut Deutschlandfunk Kultur können auch Strafzahlungen von 1000 Euro die Folge von Arbeitsverweigerung sein.

2017 warnte die 'Huffington Post' vor Gefängnisrevolten wegen schlechter Knastbedingungen in Deutschland. Sie zählen chronische Überbelegung, medizinische Mangelversorgung, massive Einschränkungen von Freizeitangeboten, Um- und Aufschlusszeiten, regelmäßige Schlägereien und eine rasant steigende Suizidrate auf.



## **Gefangenengewerkschaft (GG/BO)**

Die Interessen der gefangenen Arbeiter\*innen bündeln sich seit 2014 u.a. in der gegründeten Gefangenengewerkschaft / Bundesweite Organisation (GG/BO). Sie bemüht sich landesweit Fuß zu fassen und zählt zirka 900 Mitglieder in 70 Knästen und zirka 30 in Unterstützer\*innen Gruppen 'draußen'. Durch die Tatsache, dass sie wächst, wird von Behörden immer häufiger als Bedrohung wahrgenommen und ihre Arbeit regelmäßig behindert. Gefangene Unterzeichner\*innen einer Petition wurden z.B. mit dem Meuterei-Vorwurf konfrontiert und einige wurden daraufhin verlegt. Auch 'verschwindet' gerne die Post an die oder von den Gewerkschaftler\*innen. Die Gefangenen und die Gewerkschaft kämpfen jedoch selbstbewusst weiter.

Es gibt viele Konzerne, die an dem Einsperren von Gefangenen verdienen. Herauszuheben ist hier noch der sog. Dienstleister-Konzern Serco, der bereits seit 2005 in der teilprivatisierten JVA Hünfeld in Hessen involviert ist. Über seine gute Zusammenarbeit mit den hessischen Behörden ergatterte Serco inzwischen eine Monopolstellung in den Programmen zur Erforschung des Hausarrests, umgangssprachlich als elektronische Fußfessel bezeichnet. Diese laufen seit geraumer Zeit in etlichen Bundesländern.

Nicht nur die seit Jahren agierenden Parteien wie CDU und SPD tragen und fördern die Gefängnisindustrie. Denn die Unterstützung der Gefängnisindustrie ist unabhängig vom Parteibuch. Ein Beispiel dafür war z.B. der Aufstand von Jugendlichen im Berliner Jugendknast Lichtenrade gegen ihre erbärmlichen Haftbedingungen im Sommer 2009: Die damals zuständige rot-rote Senatorin äußerte Verständnis für die rebellierenden Jugendlichen und erklärte, dass eine Resozialisierung angesichts knapper öffentlicher Kassen nicht mehr durchführbar sei. Wenn hier nicht „Hilfe von privater Seite“ käme, prognostizierte sie ein Scheitern des Justizvollzuges.

Ähnlich äußerte sich 2005 bereits Tarek Al Wazir (später Grünen Vorsitzender in Hessen) nach einem Besuch des hessischen Rechtsausschusses im britischen Privatgefängnis Doncaster: „Wir waren überrascht von der positiven Atmosphäre, die dort herrscht.“

Schon heute enthält jedes in der BRD produzierte Auto Bauteile aus Gefängnisherstellung. Auch in der Waffenindustrie oder bei Luft- und

Raumfahrt gibt es bereits Knastproduktion von Einzelteilen. Gartenhersteller und die Modebranche greifen immer stärker auf Zwangsarbeit von Gefangenen zurück. Praktische Online-Shops ermöglichen Privatkunden und Firmen von Gefängnisproduktion zu profitieren und Lobbyisten haben sich zusammen mit einzelnen Bundesländern wie Hessen, Niedersachsen oder Bayern bereits eigene Plattformen in den Justizministerien aufgebaut.

Lohnkämpfe und Gewerkschaftsforderungen lassen sich mit beinahe unbezahlter Zwangsarbeit unterlaufen. Die Gefängnisindustrie ist also weiterer Baustein der Spaltungspolitik von Lohnabhängigen.

Es besteht inzwischen überhaupt kein Zweifel mehr daran, dass die Gefängnisindustrie in Deutschland Fuß gefasst hat und dass es aller Voraussicht nach auch hier eine stark zunehmende Kriminalisierung der Armut mit einhergehender Masseninhaftierung geben könnte – denn es ist ökonomisch lukrativ. Weitere Schritte in dieser Richtung wurden zum Beispiel im April 2017 unternommen, als diverse Änderungen im Gesetz vorgenommen wurden. So wurde beispielsweise unter § 114 StGB das Schubsen eines Vollstreckungsbeamten ins Gesetz aufgenommen, was automatisch mit mindestens drei Monaten Haftstrafe geahndet werden soll. Ebenso neu ist, dass beim sogenannten Landesfriedensbruch die Subsidiaritätsklausel gestrichen wurde, was nun zu einer längeren Strafe führt.

Wenn wir ein Leben wollen, in dem nicht zementierte Armut herrscht und unsere persönliche Freiheit ständig bedroht ist, müssen wir uns auf unsere Fähigkeit zum Widerstand besinnen:

Gegen die Privatisierung von Gefängnissen, gegen die industrielle Zwangsarbeit von Gefangenen und gegen alle anderen neo-liberalen Privatisierungsbestrebungen. Wir rufen alle auf, die Kämpfe von Gefangenen zu unterstützen und zum festen Bestandteil sozialer Bewegungen zu machen.

**Unterstützt die Gefangenengewerkschaft in ihrem Kampf um Mindestlohn im Knast!**

**Tretet dem herrschenden Strafrechtsdiskurs auf allen Ebenen entgegen!**

**Wir sind nicht frei, solange es nicht alle sind.**

## Kleine Auswahl der Bücher zur Vorbereitung dieser Broschüre

- Michelle Alexander: „The new Jim Crow“
- Angela Davis: „Eine Gesellschaft ohne Gefängnisse?“
- Peter Linebaugh / Marus Rediker: „Die vielköpfige Hydra“
- Mumia Abu-Jamal: „Jailhouse Lawyers“ (im UNRAST Verlag auf dt. erhältlich)
- Mumia Abu-Jamal: „We Want Freedom“ (im UNRAST Verlag auf dt. erhältlich)
- Mumia Abu-Jamal / Marc L. Hill: „The Classroom and the Cell “
- Douglas A. Blackmon: „Slavery by another name“
- „Die zweite Qual. Entschädigungsverfahren für Verfolgte der NS-Zeit“
- Thomas Meyer-Falk: 'Nachrichten aus dem Strafvollzug' (Blaulichverlag 2010)
- Vera Friedländer: „Ich war Zwangsarbeiterin bei Salamander.“

## Internetlinksammlung zu Themen dieser Broschüre

<http://freethemallberlin.blogspot.de>

## Weitere Materialien

- Victoria Law: 'Resistance behind bars. The struggles of incarcerated women.'
- "What To The American Slave Is Your 4th Of July?" FREDERICK DOUGLASS SPEECH, July 4, 1852, Independence Day Speech at Rochester, NY
- Hinz, Pateman, Meier: 'Weiss auf Schwarz. Kolonialismus, Apartheid und afrikanischer Widerstand'
- DGB Bildungswerk Broschüre, 2016: Moderne Sklaverei
- Infoblatt der Roten Hilfe e.V.: 'Bullenschubsen und die öffentliche Ordnung'



**Für eine  
Gesellschaft ohne  
Gefängnisse**

—

**FREE THEM ALL!**

[www.freethemallberlin.blogspot.de](http://www.freethemallberlin.blogspot.de)

What to the American slave is your Fourth of July?

I answer, a day that reveals to him more than all other days of the year, the gross injustice and cruelty to which he is the constant victim.

To him your celebration is a sham; your boasted liberty an unholy license; your national greatness, swelling vanity; your sounds of rejoicing are empty and heartless; your shouts of liberty and equality, hollow mock; your prayers and hymns, your sermons and thanksgivings, with all your religious parade and solemnity, are to him mere bombast, fraud, deception, impiety, and hypocrisy - a thin veil to cover up crimes which would disgrace a nation of savages. There is not a nation of the earth guilty of practices more shocking and bloody than are the people of these United States at this very hour.

FREDERICK DOUGLASS  
July 4, 1852  
Independence Day Speech  
at Rochester, NY